

Magdeburg. sozial.gestalten.

Wahlprogramm des Stadtverbands DIE LINKE. Magdeburg
für die Kommunalwahl am 26.05.2019



Magdeburg.sozial.gestalten.

Wahlprogramm des Stadtverbands DIE LINKE. Magdeburg für die Kommunalwahl am 26.05.2019

Liebe Magdeburger*innen,

am 26.05.2019 werden ein neuer Stadtrat und die Abgeordneten für das Europaparlament gewählt. Im nachfolgenden Wahlprogramm stellen wir Ihnen unsere Ziele für die weitere Entwicklung unserer Heimatstadt Magdeburg vor. Wir rufen Sie auf, mit uns gemeinsam diese Schwerpunkte umzusetzen. In Magdeburg hat sich auch durch unser Mitwirken viel verändert. So gibt es z.B. sichtbare Veränderungen im Stadtbild:

- viele sanierte Wohngebiete,
- eine moderne Infrastruktur,
- gute Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule,
- neue Bereiche des Maschinenbaus, der Forschung und der verarbeitenden Industrie,
- ein relativ gut funktionierendes Gesundheitswesen,
- vielfältige kulturelle und sportliche Angebote.

Trotz dieser sehr beachtlichen Entwicklungen gibt es noch viel zu verbessern. Das reicht von der Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen bis zum baulichen Zustand der Bildungseinrichtungen. Es geht um die Schaffung von Voraussetzungen für Inklusion und das nicht nur im Bildungsbereich. Für DIE LINKE steht Chancengleichheit von Mann und Frau sowie von Kindern unabhängig von der sozialen Lage der Familien im Mittelpunkt. Den Belangen älterer Menschen, einer ständig wachsenden Bevölkerungsgruppe in unserer Stadt, gilt es entsprechend den Empfehlungen des 7. Altenberichtes für die Kommunen zielgerichteter Rechnung zu tragen.

Bürger*innenfreundlichkeit der öffentlichen Verwaltung und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs sind spürbar auszubauen. Die vorhandenen Qualitätsunterschiede im Pflege- und Gesundheitsbereich und in den Lebensbedingungen zwischen den ländlichen und innerstädtischen Bereichen sind abzubauen.

DIE LINKE wird auch in Zukunft immer Teil von gesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen sein. Sie wird sich für ein tolerantes und solidarisches Miteinander einsetzen und rassistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen bis hin zu neofaschistischen Entwicklungen in Magdeburg entgegenreten.

Die Stadtratsfraktion der Partei DIE LINKE hat sich in den vergangenen Wahlperioden stets für ein soziales und weltoffenes Magdeburg eingesetzt.

Besondere Schwerpunkte:

- Wir haben uns seit 2014 für den Neubau von Schulen und Kitas eingesetzt mit dem Ziel, die Lernbedingungen für die Kinder durch kleinere Klassen zu verbessern.
- Wir haben dafür gesorgt, dass zukünftig auch an weiterführenden Schulen Hortplätze geschaffen werden.
- Im ÖPNV gäbe es ohne DIE LINKE kein Sozialticket, kein Schüler*innenfreizeiticket. Wir haben uns für eine bessere Taktung des Nahverkehrs eingesetzt, der zukünftig kund*innenfreundlicher werden wird.
- Damit alle in dieser Stadt wohnen und leben können, hat sich DIE LINKE intensiv für bezahlbaren Wohnraum eingesetzt.

Wir stehen für einen nachhaltigen sozialen und ökologischen Wandel in Magdeburg. Wir wünschen uns eine soziale, lebenswerte und aufblühende Stadt, in der die Würde der Menschen vor Profitinteressen gestellt wird, eine Stadt, in der wir uns einfach wohlfühlen können.

Magdeburg - Eine soziale Stadt mitten in Europa

Die positive Entwicklung unserer Stadt kann nicht die wachsende soziale Ungleichheit, die unterschiedlichen Zugänge zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben überdecken. Langzeitarbeitslosigkeit, niedrige Löhne und Armut führen immer noch zur Diskriminierung der Betroffenen, grenzen sie vom gesellschaftlichen Leben aus und drängen sie an den Rand der Gesellschaft. Dieser Tendenz gilt es entgegenzuwirken und Bedingungen zu schaffen, damit alle Einwohner*innen unserer Stadt in Anstand leben können, sowie selbstbestimmt und diskriminierungsfrei am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

*»Wir fordern einen einfacheren Zugang für
mehr Menschen zum Magdeburg-Pass«*

Ein einfacherer Zugang für mehr Menschen zum Magdeburger Sozialpass (Magdeburg-Pass) bleibt unser Ziel. Zu Recht weisen die Sozialverbände unserer Stadt darauf hin, dass Rentner*innen mit kleinem Einkommen und Geringverdiener*innen keinen Anspruch auf die Vergünstigungen im Sozial-, Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitbereich haben, obwohl ihre Einkünfte unter der Armutsgrenze liegen und ihnen kaum mehr als den Anspruchsberechtigten zur Verfügung steht.

Wir wollen, dass die Stadtverwaltung einen Armutsbericht erstellt und regelmäßig fortschreibt. Für die wissenschaftliche Begleitung dieses Berichts sollen geeignete Partner*innen (z.B. die Magdeburger Hochschulen) gewonnen werden.

*»Die Verwaltung soll unbürokratisch Hilfe für die Magdeburger*innen bieten«*

Kindern und älteren Menschen gilt unser besonderes Augenmerk. Öffentliche und soziale Angebote, Dienstleistungen und Beratungen sollen wohnortnah gesichert werden. Das bedeutet für DIE LINKE, Entscheidungen zu Standorten, Planungsvorhaben, zur Finanzierung und zur Infrastruktur hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Familien gründlich zu prüfen und die Prinzipien der Nachhaltigkeit bei allen Entscheidungen zu sichern und einzuhalten.

Magdeburg setzt sich bereits seit Jahren mit Maßnahmen, Aktionen und politischen Entscheidungen für die Akzeptanz und die rechtliche Gleichstellung von LSBTTI-Menschen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) und gegen Homophobie ein. Entschieden wird DIE LINKE die Fortführung und Weiterentwicklung des städtischen Aktionsplanes für Geschlechtervielfalt und gegen Homophobie unterstützen und sich für eine auskömmliche Finanzierung seiner Aufklärungs-, Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie der damit verbundenen Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit einsetzen.

»Wohnen muss für alle bezahlbar sein«

DIE LINKE setzt sich auch weiterhin für eine sozial ausgewogene, gemeinnützige Wohnungswirtschaft mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und

den Trägern der genossenschaftlichen Wohnungsgemeinschaften ein. Ziel muss es sein, einer sozialen Polarisierung und Überalterung in den Stadtteilen entgegenzuwirken. Wohnungen und kommunales Eigentum an Grund und Boden sind keine Spekulationsobjekte. Wohnen ist ein Grundrecht. Daher streitet DIE LINKE für einen sozial ausgerichteten und barrierefreien Wohnungsbau. Das schließt ein sozial ausgewogenes Mietrecht und einen daran ausgerichteten Mietspiegel ein. Das Wohngeld muss der tatsächlichen Wohnsituation angepasst werden. Die bauliche Aufwertung und Sanierung vorhandener Wohnquartiere darf nicht zu einer Polarisierung zwischen Arm und Reich führen. Deswegen fordern wir eine soziale Wohnraumquote für alle Stadtteile von mindestens 33%.

Der demografische Wandel erfordert Wohnraum für alle Alter und Lebensformen. Wohnungsbauer*innen sollen daher verpflichtet werden, bei allen Neubau- bzw. Umbauten von mehrgeschossigen Häusern eine Anzahl Wohnungen für Senior*innen zu bezahlbaren Mieten zu planen.

»Luxussanierungen stoppen!«

#Planungsrecht

Über das Planungsrecht der Stadt ist Tendenzen einer sozialen Polarisierung entgegenzuwirken sowie eine standortbezogene, angepasste Lückenbebauung vorzunehmen. DIE LINKE fordert auf der Grundlage von Generalbebauungsplänen eine nachhaltige und ressourcensparende Flächenbewirtschaftung in den Stadtteilen, besonders in der Altstadt. Der Lückenbebauung ist der Vorrang vor der Neuerschließung von Baugrundstücken einzuräumen. Bei der Lückenbebauung sind die Grundsätze der sozialen Aufwertung des Wohnumfeldes und des Klimaschutzes restriktiver anzuwenden.

»Wir fordern einen kommunalen, ambulanten Pflegedienst«

#Gesundheit

DIE LINKE setzt sich dafür ein, kommunale Grundsätze zur Gestaltung einer stadtteilbezogenen, barrierefreien medizinischen Grund- und Pflegeversorgung für zukünftige Entscheidungen des Stadtrates zu erarbeiten. Dabei sollen kommunale und gemeinnützige Angebote profitorientierten vorgezogen werden. Wir setzen uns dafür ein, die städtischen Einflussmöglichkeiten auf die fachärztliche Versorgung besonders des Städtischen Klinikums, aber auch

der Universitätskliniken, der konfessionellen Krankenhäuser und der medizinischen Versorgungszentren (MVZ) wirkungsvoller einzusetzen. Dies schließt das Planen und Vorhalten von Angeboten sozialer und wohnortnaher Gesundheitsdienstleistungen ein. DIE LINKE wird sich weiterhin für eine auskömmliche und kontinuierliche Finanzierung der Präventions- und Betreuungsarbeit der AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt Nord e.V. in Magdeburg einsetzen. Daneben halten wir die Qualifizierung der Arbeit der städtischen AIDS-Beratungsstelle und deren inhaltliche Ausrichtung auf die Unterstützung der Klient*innen und ihrer individuellen Bedürfnisse für erforderlich.

#Nachbarschaftliche Hilfestrukturen

Es ist ein flächendeckender Ausbau des Systems nachbarschaftlicher Hilfestrukturen mit der Unterstützung der Magdeburger Wohnungsunternehmen notwendig. Dabei ist an die Erfahrungen mit den Mehrgenerationenhäusern, Nachbarschaftszentren, Altenservicezentren (ASZ), Mieter*innentreffs und offenen Treffs anzuknüpfen. Bestehende Angebote sollen verstetigt, finanziell gesichert und weiter ausgebaut sowie durch hauptamtliches Fachpersonal geleitet werden.

#Sportstätten

Die Sportstättenkonzeption der Landeshauptstadt Magdeburg ist eine wichtige Grundlage für die weitere Sicherung stadtteilbezogener Breitensportanlagen und -angebote sowie zentraler Sporteinrichtungen für den Leistungs- und Rehabilitationssport. DIE LINKE fordert daher eine ständige Fortschreibung dieses Konzepts und eine finanzielle Unterbreitung der Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Modernisierungserfordernisse. Stärker als bisher sind dabei die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sowie zunehmend der Senior*innen an einer sportlichen Betätigung bei der Modernisierung sowie Planung von Spielplätzen als auch beim Neubau dieser Einrichtungen zu berücksichtigen. Eine geschlechtersensible Betrachtung muss Beachtung finden und eine stärkere Förderung von Vereinen, wie zum Beispiel dem Frauenfußballverein Magdeburger FFC, umgesetzt werden.

#Netzwerk Kinderschutz & Frühe Hilfen

Es bedarf einer Stärkung des Magdeburger Netzwerkes Kinderschutz & Frühe Hilfen, besonders im präventiven Sinne. Eltern sollen so früh wie möglich und so umfassend wie nötig bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützt werden. Da-

bei soll die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Gesundheitsfürsorge weiter ausgebaut werden.

»Fremdheit überwinden, Begegnung organisieren und Verständigung ermöglichen«

Wir wollen Menschen, die in Magdeburg eine neue Heimat dauerhaft oder zeitweilig finden, unterstützen und in das Leben der Stadt so gut wie möglich integrieren. Wir unterstützen alle, die sich um die Integration von Zugewanderten in allen Wohngebieten der Stadt, in die Arbeitswelt, in Bildung, in Kultur und Sport bemühen. Wir fordern die Kompetenzen der Integrationsbeauftragten zu erhöhen und diese Tätigkeiten in die Hauptamtlichkeit zu überführen. Die Rechte des Beirats für Integration und Migration sind zu stärken und ein Finanzbudget für eigene Projekte und Maßnahmen ist ihm zur Verfügung zu stellen. Wer in Deutschland Asyl braucht, muss von uns unterstützt werden. Asylrecht ist ein Menschenrecht! Und Menschenrechte sind für DIE LINKE weder teilbar noch verhandelbar.

Wir bekennen uns zu einer aktiven Förderung von Frauen, um die immer noch vielfältigen strukturellen Benachteiligungen abzubauen. Wir treten ein für Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Chancengleichheit für alle Menschen, die in Magdeburg leben.

Magdeburg - Stadt der Bildung

Seit Jahren steht die vorschulische und schulische Versorgung mit Kitas und Schulen im Fokus kommunalpolitischer Entscheidungen des Stadtrates. Vor Jahren wurden viele Kitas und Schulen wegen zurückgehender Geburtenzahlen geschlossen. Heute nun ist offensichtlich, dass zunehmend Angebote fehlen, sodass es auch in Magdeburg für junge Eltern schwer ist, einen wohnortnahen Kita-Platz zu finden. Die Schulbezirke der Grundschulen müssen nahezu jährlich neu bestimmt werden, um alle Lernanfänger*innen zu versorgen.

»Einfach mehr KITA-Plätze reicht nicht aus!«

#Kita

DIE LINKE fordert einen wohnortnahen Kita-Platz für jedes Kind. Damit dies sowie das Wunsch- und Wahlrecht für Familien gewahrt werden kann, müssen

genügend Reserven (5% Zielquote) für die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten eingeplant werden. Die Stadt soll auch künftig kommunale Kitas in allen Stadtteilen in ihrer Trägerschaft haben. Damit wird es besser möglich, eine bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsplätzen zu sichern. Frühkindliche Bildung und Betreuung ist für uns ein Recht für jedes Kind, das kostenfrei zur Verfügung stehen muss.

»Ein kostenloses Mittagessen für jedes Kind in Kita und Schule«

Bildung in den Kindertagesstätten darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Daher fordert DIE LINKE einen kommunalen Bildungs- und Betreuungsanspruch in Kindertagesstätten für alle Kinder bis zu 10 Stunden. Geschwisterermäßigung, bei der alle kindergeldberechtigten Kinder berücksichtigt werden, sowie eine kostenlose warme Mahlzeit zum Mittag für alle Kinder von der Kita bis zur Schule sollen gesichert werden. DIE LINKE fordert in einem ersten Schritt ein kostenfreies Kita-Jahr vor der Einschulung und langfristig die kostenfreie Betreuung aller Kinder in Kita-Einrichtungen.

Im Rahmen der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen sind die Grundlagen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung in den Kitas zu legen und die fachlichen Standards zu erhöhen. Dazu gehören u.a. ausreichende Leitungsstunden, Vor- und Nachbereitungszeiten für Erzieher*innen sowie die Ermöglichung zusätzlicher Projekte. Über die Einführung eines kommunalen Mindestpersonalschlüssels, welcher den Empfehlungen aus den Kindheitswissenschaften entspricht, muss ernsthaft nachgedacht werden. Im Kommunalen Arbeitgeberverband soll sich die Landeshauptstadt Magdeburg für eine gerechtere Bezahlung von Erzieher*innen einsetzen.

#Schule

Nach der Kita kommt die Schule. Die Ausdünnung des Schulnetzes und die engstirnige Politik der Landesverwaltung bei der inhaltlichen und pädagogischen Profilbildung von Schulen haben bewirkt, dass immer mehr private Schulen gegründet wurden. Dies führt zu einer immer stärkeren sozialen Spaltung zwischen den einzelnen Schulformen und zwischen den Betreuungseinrichtungen. Verwerfungen und weite Schulwege sind die Folge, während immer noch Schulgebäude geschlossener Schulen leer stehen, einer anderen Nutzung zugeführt oder gar abgerissen wurden. Die Stadt trägt als Schulträger

die Verantwortung dafür, dass ausreichend Schulplätze für alle Kinder und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Darum ist es erforderlich, neue Schulstandorte zu erschließen.

Das gilt zunächst für die Grundschulen. Sie sollen so wohnortnah wie möglich zur Verfügung stehen und als Ganztagschulen ausgebaut werden. Aber auch die weiterführenden Schulen müssen sich auf mehr Schüler*innen einstellen und dürfen nicht aus den Nähten platzen.

»Mehr integrierte Gesamtschulen statt immer mehr Gymnasien!«

Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinschaftsschulen in Magdeburg ein attraktives Profil entwickeln und dass die Gesamtschulen eine Alternative zu den Gymnasien werden können. Über Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen sollen alle Schulabschlüsse ohne Umwege erreichbar sein. Dafür muss eine langfristige Planung erfolgen, die es erlaubt, räumliche und zeitliche Schwankungen der Schüler*innenzahlen auszugleichen ohne neue Schulschließungen heraufzubeschwören. Dafür wollen wir uns auch gegenüber der Landespolitik stark machen. Das gilt auch für ein attraktives und breites Angebot der berufsbildenden Schulen, die auch Lernende aus dem Umland aufnehmen können. Dort, wo das erforderlich ist, sollen die Schulentwicklungspläne mit den umliegenden Kreisen abgestimmt und Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden. Die finanziellen Mehraufwendungen sind von allen beteiligten Kommunen zu tragen.

#Inklusive Bildung

Wir wollen als Stadtratsfraktion inklusive Bildung in Magdeburg überall möglich machen. Schritt für Schritt sollen an allen Regelschulen die materiellen, technischen und personellen Voraussetzungen für ein gemeinsames Lernen aller Kinder geschaffen werden. Bei Entscheidungen im Stadtrat über die Schulnetzplanung, die Sanierung und den Neubau von Schulen muss das immer mit bedacht werden. Es geht um die sächliche Ausstattung, die Aufgabe der Stadtverwaltung ist, die Ausstattung mit Schulsozialarbeit und die Sicherung therapeutischer Angebote und die unbürokratische Bereitstellung von Hilfen. Eltern sollen sich frei für inklusive Angebote bei der Schulwahl entscheiden können.

Förderschulen, solange es dafür einen Bedarf gibt, brauchen gute Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, Förderschulen sukzessive auch für Regelschulangebote zu öffnen, um ein gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung oder Beeinträchtigung möglich zu machen. Wir fordern vom Land, die Ausstattung aller Schulen mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal schnellstmöglich zu sichern, damit gute Bildung in allen Schulen der Stadt möglich und der derzeitige Personalmangel nicht mehr auf dem Rücken der Lehrenden abgeladen wird.

*»Mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in für jede Schule«*

#Schulsozialarbeit

Für gute Schule ist Schulsozialarbeit längst erforderlich.

Schulsozialarbeiter*innen sind Anwält*innen der Kinder und Partner*innen für Lehrende und Eltern. Wir wollen, dass die Schulsozialarbeit aus ihrer Defizitorientierung herausgelöst und an allen Schulen angeboten wird. Sie hilft unter anderem der besseren Umsetzung inklusiver Bildung. Wir wollen, dass die auslaufenden EU-Programme durch eigene Landesprogramme ersetzt und Schulsozialarbeit auch von der Kommune in stärkerem Maße finanziert wird. In Magdeburg wird nicht zugeführt! Bildung soll keine Zwangsveranstaltung sein. Wir fordern mehr sozialpädagogische Hilfe statt Zuführung und andere Zwangsmaßnahmen, denn die stärken nicht die Freude am Lernen.

»Demokratische Teilhabe von der Kita bis zur Schule«

#Demokratische Teilhabe an Schulen

Für DIE LINKE ist die Ausprägung demokratischer Teilhabe an den Schulen, angefangen beim Schulelternbeirat, den Schüler*innenkonferenzen sowie von sozialpädagogischen Beratungsangeboten eine Grundvoraussetzung zukünftiger Bildungspolitik. Es bedarf einer besseren finanziellen Ausstattung des Stadtelterrates, des Stadtschüler*innenrates und des Stadtelternteilbeirates sowie zusätzliche finanzielle Mittel für die Schulungen von Klassensprecher*innen.

#Ausbildung

Die Berufsbildenden Schulen in Magdeburg sind ein wichtiger Partner der Unternehmen für eine gute Ausbildung von Fachkräften. DIE LINKE setzt sich

dafür ein, die Breite des Ausbildungsangebotes in hoher Qualität zu erhalten. Dafür muss die nötige Ausstattung für eine Ausbildung auf technisch und technologisch hohem Niveau gesichert werden.

Ausbildungsverbände der Handwerkskammer sowie der IHK wollen wir unterstützen, damit mehr und vor allem auch kleinere Unternehmen in der Stadt sich an der Ausbildung ihrer Fachkräfte beteiligen können. Durch diese Ausbildungsverbände können Anforderungen der Wirtschaft an die Ausbildung zukünftiger Fachkräfte zielgenau umgesetzt werden.

Wir brauchen jetzt und in der Zukunft deutlich mehr gut ausgebildete Fachkräfte in der Pflege, in anderen Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen. Darum fordern wir, die Ausbildungsplatzkapazitäten in der kommunalen Berufsfachschule aber auch an den Schulen des Gesundheitswesens zu erweitern. Dabei geht es uns um eine schulgeldfreie Ausbildung und eine am Tarif des öffentlichen Dienstes orientierte Ausbildungsvergütung. Besonderen Stellenwert hat dabei für DIE LINKE die Erweiterung der Ausbildungskapazität für Erzieher*innen an der Fachschule für Sozialpädagogik an der Berufsschule »Otto Schlein«, um auch perspektivisch den hohen Bedarf für die frühkindliche Bildung decken zu können.

Wir setzen uns für ein dauerhaftes und stabiles Ausbildungsangebot bei der Stadtverwaltung und den Unternehmen mit städtischer Beteiligung ein. Ebenfalls fordern wir die unbefristete Beschäftigungssicherung der ausgebildeten Fachkräfte.

*»Holt die gesamte Lehrer*innenausbildung zurück
an die Magdeburger Universität!«*

#Hochschulen

Die Hochschulen sind ein wichtiger, auf die Zukunft ausgerichteter und spezialisierter Bestandteil der Bildungspolitik. Dafür sind in der Stadt die notwendigen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der Hoch- und Fachschulen, wie die Breitbandversorgung, moderne Unterrichts- und Lehrgebäude, optimale Wohnbedingungen für die studentische Jugend und attraktive Freizeitbedingungen zu schaffen. Durch einen Hochschulvertrag sollten die Kooperationsbeziehungen der Stadt mit der Universität und der Fachhochschule klar definiert werden. Das betrifft mögliche Studienschwerpunkte, Ansiedlungsvorhaben und Ausgründungsinitiativen genauso wie die Erstellung notwendiger

Gutachten, Fachexpertisen und Untersuchungen für die Stadt Magdeburg. Die Experimentelle Fabrik soll als Kooperation zwischen Stadt, Land und Universität in kommunaler Hand behalten werden.

Magdeburg hatte eine lange Tradition in der Lehrer*innenausbildung. Sie wurde vor Jahren gestutzt. Wir unterstützen die Universität in ihren Bemühungen, die Lehrer*innenausbildung nicht nur für Berufsschulen wieder zu stärken. Angesichts des gravierenden Mangels an Lehrkräften ist es sinnvoll, die gesamte Lehrer*innenausbildung an die Universität Magdeburg zurückzuholen.

#Volkshochschule

DIE LINKE setzt sich für ortsnahe und offene Bildungsangebote der Volkshochschulen ein. Das betrifft ein breites und für die Teilnehmenden kostengünstiges Angebot der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung. Wir unterstützen niedrigschwellige Angebote der Grundbildung ebenso wie die Vermittlung der deutschen Sprache für Migrant*innen, Wiedereinstiegsseminare und Ausbildungen für Langzeitarbeitslose und ein breites Angebot der individuellen Bildung in Form von Zirkeln und Klubs. Ein wichtiger Schwerpunkt ist aus der Sicht der LINKEN die weitere Gestaltung und Profilierung einer Senior*innen-Akademie. Die Beschäftigten an der Volkshochschule sollen tariflich bezahlt werden und Honorare für alle Honorarlehrkräfte schrittweise auf mindestens 35€ pro Unterrichtseinheit angehoben werden.

#Konservatorium Georg Philipp Telemann

Die Angebote des Konservatoriums Georg Philipp Telemann sollen für alle offen sein, die Freude an musikalischer Betätigung haben. Dafür sind moderate und sozial verträgliche Stundensätze und niedrige Leihgebühren für Musikinstrumente und Notenmaterial notwendig. Die Kapazität des Konservatoriums soll gestärkt und ausgebaut werden, damit die langen Wartelisten gekürzt werden können. Einen wichtigen Beitrag leistet das Konservatorium für musikalische Früherziehung, elementare Musikerziehung und die Förderung talentierter junger Musiker*innen. Diese sind zu erhalten und auszubauen. Wir wollen uns im Betriebsausschuss für eine stärkere Kooperation des Konservatoriums mit allen Schulformen der Landeshauptstadt einsetzen, insbesondere den Grund- und Gemeinschaftsschulen, um mehr Schüler*innen den Zugang zu erweiterter musikalischer Bildung zu ermöglichen. Dazu soll das Landesprogramm MäBi (musisch-ästhetische Bildung) für die Zusammenarbeit mit mehr Grundschulen genutzt werden. Doch auch die Kooperation mit weiterführenden

den Schulen ist notwendig. Im Stadtrat setzen wir uns dafür ein, dass dem Konservatorium dafür die nötigen Mittel – evtl. im Rahmen eines gesonderten Programmes – zur Verfügung gestellt werden.

Magdeburg - Stadt der kurzen Wege und nachhaltigen, umweltfreundlichen Verkehrsangebote

DIE LINKE steht dafür ein, dass für die Magdeburger*innen und ihre Gäste soziale und ökologische Lösungen für eine moderne Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden. Es gilt, die Interessen aller Verkehrsteilnehmer*innen zu beachten: Menschen, die zu Fuß gehen, die Rad fahren, Bus und Straßenbahn nutzen oder mit dem Auto unterwegs sind. So ist die Erarbeitung eines umwelt- und verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes notwendig, da eine Stadt im 21. Jahrhundert nicht vorrangig vom Auto her geplant und ausgebaut werden kann. Wir benötigen stattdessen nachhaltige Lösungen, um die durch den motorisierten Verkehr entstehenden Belastungen wie Lärm und Feinstaub zu minimieren.

»Mobilität ist eine Grundvoraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können«

Notwendig ist eine neue Prioritätensetzung: Weg von der staugeplagten Auto-stadt hin zu einer Stadt, die umweltfreundlichen Lösungen wie verkehrsfreie Zonen, Fahrradfahren und dem ÖPNV Vorrang einräumt. Wir brauchen keine »Waldschlöbchenbrücke«, deswegen wird DIE LINKE Überlegungen zu einer dritten Elbquerung nicht unterstützen. DIE LINKE. Magdeburg setzt sich aktiv für eine Ausgestaltung, Stärkung und den Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Magdeburg und im Verkehrsverbund ein. Langfristig ist es unser Ziel, in der Landeshauptstadt einen fahrscheinlosen ÖPNV einzuführen, der die Mobilität aller Einwohner*innen und Gäste garantieren soll. Dafür sind jedoch attraktivere Taktzeiten, vollständige Barrierefreiheit und eine noch bessere Verzahnung des bereits gut ausgebauten ÖPNV-Netzes nötig.

»Freies W-LAN in Bussen und Straßenbahnen«

DIE LINKE setzt sich schon jetzt im Stadtrat für die Einführung eines Sozialtickets ein und wird auch nach der Wahl weiter daran arbeiten. Dazu wollen wir die kostenfreie Fahrt für alle Schüler*innen sowie für Auszubildende. Zu einem

nützlichen öffentlichen Nahverkehr gehört auch eine bessere Anbindung der Stadtrandgebiete an den ÖPNV, unter anderem eine Straßenbahnverbindung nach Ottersleben. DIE LINKE fordert eine zügige Ausstattung von Bussen und Bahnen mit freiem W-LAN.

Perspektivisch muss Magdeburg zu einer Fahrradstadt werden. Das bedeutet, dass die Stadt aktiv an einer Erhöhung des Anteils des Radverkehrs arbeitet und dafür die Rahmenbedingungen bereitstellt. Durch eine Prämie beim Kauf eines Lastenrades unter anderem für Menschen mit Kindern, Vereinen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder Zusammenschlüssen von Privatpersonen möchten wir in Magdeburg Anreize für einen emissionsfreien (Waren-)Transport geben. Perspektivisch soll dies auch für regionale und kleine Unternehmen erfolgen. Dadurch wird nicht nur die Luft unserer Stadt sauberer und die Straßen leerer, sondern wir unterstützen sämtliche Personengruppen aktiv dabei, sich sicher und gesund durch die Stadt zu bewegen. Der große Andrang auf das Förderprogramm für Lastenräder beispielsweise in der Stadt Berlin hat bereits gezeigt, dass die Menschen sich bewusst für diese Art der Fortbewegung entscheiden. Die Benennung eines*iner Beauftragten für den Radverkehr in der Stadtverwaltung ist ein weiteres Instrument, um den Radverkehr in Magdeburg zu stärken. DIE LINKE fordert ein besser ausgebaut, sicheres und funktionstüchtiges Radwegenetz, einen Radschnellweg sowie mehr Fahrradparkplätze in der Landeshauptstadt.

Magdeburg - Stadt der Kultur

DIE LINKE versteht Kultur als Chance und Querschnittsthema sowie Triebkraft und Motor einer ganzheitlichen Stadtentwicklung in möglichst allen Bereichen. Sie hat den einstimmigen Stadtratsbeschluss zur Bewerbung Magdeburgs als europäische Kulturhauptstadt im Jahre 2011 initiiert. Wir sehen die Kulturhauptstadtbewerbung als Gemeinschaftsaufgabe aller Menschen unserer Stadt im Ringen um ein beispielgebendes, friedliches und kulturvolles Miteinander. Darum fordern wir eine deutlich stärkere Beteiligung der Bürger*innen am Prozess Kulturhauptstadt 2025 und eine nachhaltige Planung der Bewerbung. Wir werden Maßnahmen und Aktivitäten im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung immer unter dem Aspekt der Teilhabe für alle prüfen.

»Investitionen in Köpfe anstatt in Steine«

#Öffentliche und freie Träger unterstützen

Moderne Theater, eine lebendige Kabarett- und Musikszene, gut besuchte Museen, stark frequentierte Bibliotheken gehören gleichermaßen zu einem vielfältigen kulturellen Leben in unserer Stadt wie die zahlreichen Kulturorte und Veranstaltungen von freien Trägern, Vereinen wie dem der Schausteller*innen mit der Magdeburger Messe sowie Einzelpersonen, die wir gern unterstützen möchten. Generell gilt für uns, dass sich die Förderung der Stadt für die freie Kulturszene an steigende Kosten (z.B. Tarifabschlüsse) anpassen muss.

In Magdeburg gibt es seit jeher viel Kunst im öffentlichen Raum. Die gilt es zu pflegen und zu fördern, einschließlich jener architekturbezogener Kunst, die vor 1990 entstanden ist. Auch Denkmäler mit zeitgeschichtlichem Bezug, Orte des Gedenkens an die Geschichte der Arbeiterbewegung sowie an die Verbrechen des Nationalsozialismus müssen weiter gepflegt und gefördert werden. Darum unterstützen wir zusammen mit vielen anderen den Bau einer Synagoge im Stadtzentrum.

#Theater und Orchester

DIE LINKE setzt sich für die Sicherung, den Erhalt und die weitere Profilierung des Magdeburger Theaterangebotes mit allen Sparten einschließlich Ballett und Theaterjugendklub ein und befördert eine erfolgreiche Ausstrahlung. Zudem fordert DIE LINKE einen neuen, ausreichend dimensionierten Orchesterprobenraum, der allen geltenden Anforderungen entspricht.

Das Gebäude der ehemaligen Stadtbibliothek in der Weitlingstraße wollen wir zu einem Kulturzentrum inmitten unserer Stadt aus seinem jahrzehntelangen Dornröschenschlaf wieder erwecken und damit als nachhaltigen Beitrag zur Kulturhauptstadtwerbung einen verloren gegangenen Kulturort der Bevölkerung zurückgeben.

#Puppentheater

Wir schätzen die Arbeit des Puppentheaters und seines Teams samt Jugendkunstschule für seine herausragende jahrzehntelange überaus erfolgreiche Arbeit auf höchstem künstlerischem Niveau. Wir sind mit dem Herzen dabei, wenn es darum geht, Erreichtes zu bewahren und noch nicht Erreichtes zu erlangen und die hierfür notwendige Unterstützung zu leisten, wie bspw. bei der Etablierung der einst auf Antrag der LINKEN entstandenen KinderKulturTage als europäisches KinderKulturFestival.

»An einem Tag pro Woche kostenloser Eintritt in allen städtischen Museen«

#Museen und Forum Gestaltung

Wir unterstützen die Vielfalt unserer Museumslandschaft, die mit dem neu eröffneten Dommuseum noch mehr an Anziehungskraft gewinnt und begleiten die Sanierung des Klosters und die Szene des dortigen Kunstmuseums. Wir fördern die Arbeit und den weiteren Ausbau des Forums Gestaltung sowie des dazugehörigen traditionsreichen Gebäudes der ehemaligen Kunstgewerbeschule in der Brandenburger Straße zu einem KulturKreativZentrum.

#Arbeit der Kunst- und Kulturschaffenden

DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, dass Kulturschaffende in unserer Stadt immer bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen finden. Die Förderung der identitätsstiftenden Kulturarbeit, der nicht mehr wegzudenkenden sozio-kulturellen Zentren bzw. der freien Kulturszene ist für uns selbstverständlich und verdient insbesondere Anerkennung – auch finanzielle. Wichtig ist uns, die kulturell-ästhetische Bildung aller Einwohner*innen, besonders der Kinder und Jugendlichen, zu befördern. Darum unterstützen wir auch die Volkshochschule, den Ausbau unseres städtischen Bibliotheksnetzes sowie das Konservatorium und das Literaturhaus.

#Stadtspark

Magdeburg ist reich an Grünanlagen. Ob z.B. der Stadtpark, der Nordpark, Elbauenpark, der Klosterberggarten oder der Herrenkrug – diese Flächen sind wichtige Naherholungsgebiete und Freizeitareale für die Stadt und müssen daher geschützt und gepflegt werden. Der Stadtpark muss wieder zu einem echten Kulturpark im Herzen Magdeburgs werden. Hierfür kämpften wir über Jahrzehnte für eine Sanierung von Stadthalle und Hyparschale, die nun endlich in Angriff genommen wird und durch uns kritisch zu begleiten ist. Aber auch kleine Grünanlagen, Spielplätze und Bolzplätze in der Stadt sollen erhalten und erweitert werden.

#Zoo

Alle Menschen sollen sich den Eintritt in unseren Zoo ohne Bedenken leisten können. Deshalb fordern wir für den Magdeburger Zoo die Einführung eines Familientickets und keine weiteren Steigerungen der Eintrittspreise. Den Bau eines gigantischen Aquariums lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir innerhalb

des Zoos ein Projekt »Elbauenlandschaft« entwickeln. Damit würden wir ein Alleinstellungsmerkmal in der Zoolandschaft gewinnen, welches zudem der Größe unseres Zoos angemessen wäre. Der weitere Ausbau unseres Zoos ist kritisch zu begleiten.

Magdeburg - Grüne Stadt der Erholung, des Klimaschutzes

Magdeburg liegt eingebettet in zahlreichen ökologischen Schutzgebieten, wie der einzigartigen »Flussauenlandschaft Kreuzhorst« sowie der Natura 2000-Gebiete. Es liegt unmittelbar an der europäischen Wasserstraße »Stromelbe«. Im Stadtgebiet finden wir neben der Alten Elbe auch die Zollelbe sowie den Hafen Magdeburg mit der Anbindung an den Mittellandkanal und Teiche sowie Seen im Urstromtal der Elbe. Zahlreiche Flüsse, die Klinke, die Schrote, die Ehle, um nur einige zu nennen, fließen durch die Stadt. Gewässer verbinden Orte und Menschen, sie vermitteln Lebensfreude und Lebensqualität. Wir setzen uns dafür ein, dass sie alle öffentlich wahrnehmbar und erlebbar werden.

Die Naturschutzgebiete und Feuchtbiotope gilt es zu erhalten und weiterhin unter Schutz zu belassen.

#Gartenanlagen und Kleingartenvereine

Der Oberbürgermeister hat 2017 nach langen Protesten die Kleingartenentwicklungskonzeption zurückgezogen und auf Eis gelegt. Der Stadtrat hat wenigstens einige der wichtigsten Kleingartensparten der Stadt im Flächennutzungsplan unter eine Veränderungssperre gesetzt, um Begehrlichkeiten der Umwandlung von Gartenland in Bauerwartungsland entgegen zu treten. Wie sich heute zeigt, reicht das nicht, um die Kleingartenlandschaft in Magdeburg zu erhalten. Mit den jüngsten Beschlussvorlagen zum Schulbau in Cracau und Buckau wird deutlich, dass alle nicht so gesicherten Kleingartensparten zur Disposition stehen, wenn es Notwendigkeiten oder Begehrlichkeiten für Bauinvestitionen gibt. DIE LINKE wird sich auch weiterhin für den Erhalt des Bestandes der Kleingartenanlagen einsetzen und weiteren Bestrebungen von öffentlichen und privaten Investor*innen, diese Areale zu bebauen, entgegenwirken. Wir setzen uns in der neuen Wahlperiode in Zusammenarbeit mit dem Verband der Gartenfreunde Magdeburg e.V. für eine zukunftsfähige und am tatsächlichen Bedarf orientierte Kleingartenkonzeption ein.

#Baumfällungen

In den letzten 5 Jahren wurden in unserer Stadt rund 15.000 Bäume gefällt. Trotz Auflagen wurde die Wiederanpflanzung am Entnahmeort in vielen Fällen nicht eingehalten. Ursachen der Fällungen waren neben der Bebauung mit Wohnhäusern, die zweite Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn, die Strombrückenverlängerung, zentrale Bauvorhaben wie das Domviertel, der Luisenturm, der Hochwasserschutz an der Elbe auf dem Werder, die Verlegung von Fernwärmerohren in der Pappelallee in der Beims-Siedlung, die Absicht der Bebauung des Kleinen Stadtmarsches, aber auch Sturmschäden und Windbruch, Fällungen aufgrund fehlender Standsicherheit oder Abholzungen aufgrund des Befalls der Bäume mit dem asiatischen Laubholzbockkäfer.

#Ersatzanpflanzung

DIE LINKE fordert daher eine Ersatzanpflanzung von mindestens 1.500 mittleren Bäumen an den Entnahmestellen pro Jahr, die Anpflanzung von vor dem asiatischen Laubholzbockkäfer resistenten Bäume, den Verzicht auf Ausgleichsmaßnahmen am Rande der Stadt sowie die Neuerfassung und Registrierung des Baumbestandes der Stadt Magdeburg in den jeweiligen Stadtteilen. DIE LINKE unterstützt auch weiterhin das bürgerschaftliche Engagement für die Aktion »Mein Baum für Magdeburg«, die jedoch nicht die Verpflichtung der Stadt zur Ersatzbepflanzung ersetzt. Im Rahmen der Bebauungspläne sind die vorhandenen Baumbestände und Grünflächen zu erhalten.

Wo eine Nachpflanzung von Bäumen nicht möglich ist, fordert DIE LINKE Alternativen wie Dachbegrünungen oder vertikale Fassadenbepflanzungen umzusetzen.

»Die Stadt darf im Sommer nicht zu einem Glutofen werden«

#Bebauung in den Stadtteilen

Um ein gutes und gesundes Stadtklima zu sichern, sind ausreichende Kaltluftkorridore zur Belüftung und Abkühlung der innerstädtischen Bereiche vorzuhalten. Vordergründig sollten daher jene Lücken und brachliegende Abrissflächen bebaut werden, die nicht in diesen benötigten Kaltluftkorridoren liegen. Eine von diesem Ziel losgelöste Baupolitik lehnen wir ab. Bei jedem Bebauungsplan sind die Folgeabschätzungen für die bestehende und zukünftige Infrastruktur zu berücksichtigen. Dazu fordert DIE LINKE die rechtzeitige Durchführung von Einwohner*innenversammlungen, um öffentlich zu informie-

ren und die Menschen vor Ort einzubinden. DIE LINKE unterstützt alle Projekte zum Erhalt der historischen Alleen und der Renaturierung brachliegender Industrieflächen. Eine Versiegelung bestehender Grünflächen in der Innenstadt lehnen wir kategorisch ab.

#Hochwasserschutz

DIE LINKE spricht sich für einen naturnahen, umweltverträglichen Hochwasserschutz aus und wendet sich gegen einen weiteren Ausbau der Elbe im Stadtgebiet. Vorhandene Überflutungsflächen und Hochwassereinrichtungen wie das »Pretziener Wehr« sind durch geeignete Ausbreitungsflächen bei Hochwasser zu ergänzen. Eine weitere Kanalisierung und Vertiefung der Elbe lehnen wir genauso ab, wie eine weitere Bebauung in Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikogebieten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Schiffbau sich dem Fluss anzupassen hat.

#Vögel und Insekten

Im Zuständigkeitsbereich der Stadt Magdeburg sind durch Streuobstwiesen, straßenbegleitende Obstbäume sowie Blühstreifen die Bedingungen für die Insekten- und Vogelpopulationen zu verbessern. Radikalschnitte an Strauchwerk sind zu unterbinden.

Magdeburg - Stadt der Zukunftsperspektiven und der guten Arbeit

Alle Menschen haben ein Recht auf Sicherheit, die Sicherheit ihr Leben zu planen und die Sicherheit in Würde zu leben. Dazu gehören zweifellos ein auskömmliches Einkommen und die Gewissheit einer solidarischen Unterstützung in schwierigen Zeiten. DIE LINKE steht wie keine andere Partei für faires, ökologisches und nachhaltiges Handeln und Produzieren sowie die Unterstützung lokaler Handelskreisläufe bei der Auftragsvergabe, der Beschaffung und der Ansiedlung. Die konsequente Durchsetzung flächendeckender existenzsichernder Löhne und Tarifbindung ist für uns unverzichtbar.

»Bessere finanzielle Handlungsmöglichkeiten für eine soziale, nachhaltige Kommunalpolitik!«

Im besonderen Maße ist für uns in Magdeburg wichtig, dass öffentliche Dienstleistungen und Güter für alle Einwohner*innen unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer gesellschaftlichen Stellung zugänglich sind. Das errei-

chen wir, indem kommunale Unternehmen der Daseinsvorsorge erhalten und gestärkt werden sowie der Einfluss des Stadtrates auf strategische Entwicklungen gesichert wird. Wir definieren Daseinsvorsorge als Grundversorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen. Dazu gehören Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wohnungswirtschaft und öffentlicher Verkehr, Erziehung, Bildung und Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege sowie Telekommunikation. In diesen Bereichen soll sich die Stadt Magdeburg vorrangig wirtschaftlich betätigen können. Für uns haben Versorgungssicherheit Vorrang vor Wettbewerbs- oder Gewinnüberlegungen. Deshalb wollen wir unsere städtischen Unternehmen durch Tarifbindung sowie eine beispielhafte Beschäftigungs-, Lohnpolitik und betriebliche Mitbestimmung zu Vorreiter*innen erfolgreicher regionaler Wertschöpfung entwickeln.

In der öffentlichen Auftragsvergabe wollen wir darauf drängen, dass bei Entscheidungen die bereits gesetzlich fixierten Vorgaben zu Tarifbindung und fairer ökologisch nachhaltiger Beschaffung eingehalten werden und tatsächlich das »wirtschaftlichste« Angebot zum Tragen kommt. Das betrifft im besonderen Maße große Bauvorhaben mit scheinbar »unvermeidlichen« Kostenexplosionen, die dringende Investitionen im sozialen Bereich und in der Grundversorgung behindern. Dieser Gigantomanie nicht notwendiger Investitionen in Prestigevorhaben werden wir uns auch künftig in den Weg stellen. Bei Ausschreibungen müssen ein transparenter Vergleich von Kosten und Leistung sowie ein Qualitätsmanagement bei der Auftragsrealisierung künftig primär beachtet werden.

#Tarifbindungen

Bei dem Prinzip »Gute Arbeit« muss die Stadt Magdeburg als Beispiel vorgehen. Darum ist die Tarifbindung für städtische Betriebe und Tochterunternehmen selbstverständlich. Ebenso muss »Gute Arbeit« ein wesentliches Kriterium für die Auftragsvergabe der Stadt und der städtischen Unternehmen einschließlich der städtischen Wohnungsbaugesellschaft sein.

#Ansiedlung

Einen Ansiedlungswettbewerb mit anderen Kommunen durch Subventionen und geringe Steuern lehnen wir ab, denn davon profitieren nur die Unternehmensinhaber*innen, aber nicht die Beschäftigten oder die Regionen.

Die Bereitstellung von Infrastruktur für Unternehmen durch die Stadt ist an Auflagen bezüglich der Anzahl der Arbeitsplätze und tarifliche Bezahlung für einen längeren Zeitraum zu binden. Eine Rückzahlung der Fördermittel bei Nichteinhalten der Vergabebedingung sollte selbstverständlich und juristisch einklagbar sein.

Mit der BPC – DIE UNTERNEHMERinnen AKADEMIE GmbH gibt es in Magdeburg eine professionelle Unterstützung für Frauen, die Gründerinnen sind oder werden wollen und den Weg in die Selbstständigkeit gehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Unterstützung der Stadt vollumfänglich aufrechterhalten und weiter ausgebaut wird.

#Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Um den Menschen in Magdeburg eine Zukunftsperspektive zu geben, ist es unabdingbar, Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit durch individuelle Unterstützung und faire Arbeitszeiten stärker voranzutreiben. Dies beginnt im Stadtrat, geht über die öffentlichen Einrichtungen und Verwaltung bis hin zu den Betrieben mit öffentlicher Beteiligung. DIE LINKE setzt sich für die strikte Einhaltung des ab dem 01. Januar 2019 geltenden Rückkehrrechts von Teilzeitbeschäftigten in einen Vollzeitarbeitsplatz in städtischen Unternehmen ein.

Wir rufen alle Arbeitgeber*innen und Unternehmen, insbesondere die in städtischer Verantwortung auf, ihren Angestellten und Arbeiter*innen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

#Würdigung und Anerkennung des Ehrenamtes

Auch ehrenamtliche Arbeit ist Arbeit, ohne diese unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde. Deshalb bedarf es einer stärkeren Würdigung des Ehrenamtes. Dies lässt sich z.B. durch engere Zusammenarbeit der Verwaltung mit den gemeinnützigen Vereinen und Verbänden umsetzen. Die Bedürfnisse und Hinweise von Verbraucherschutzorganisationen, Verbänden für mehr Toleranz und Gleichstellung bis hin zu den Kleingärteninteressen sind ernst zu nehmen. Alle freiwillig Engagierten und ehrenamtlich Tätigen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, brauchen eine unbürokratische und zuverlässige Unterstützung. Wir wollen demokratisches Engagement und demokratische Engagementstrukturen, wie die Freiwilligenagentur und die GWA, stärken. Wir wollen darauf hinwirken, dass mehr junge Menschen aus Magdeburg Freiwilligendienst leisten können. Dafür streben wir an, ihnen das Leben in

Magdeburg zum Beispiel durch ein Ticket für Busse und Bahnen, vergleichbar dem Semesterticket, zu erleichtern.

Auch das vielfältige Engagement der Magdeburger*innen, ihre aktive Teilnahme an den Gestaltungsprozessen in den einzelnen Stadtgebieten ist noch weiter ausgestaltbar. Deshalb fordern wir neben den bereits vorhandenen Ortsteilräten: Ortsteilräte in allen Stadtteilen sowie eine entsprechende finanzielle und organisatorische Grundlage für deren Arbeit.

Außerdem regen wir an, dass der Oberbürgermeister und seine Beigeordneten regelmäßig Einwohner*innenversammlungen in den Stadtteilen organisieren, um die Möglichkeit für direkte Fragen und Anregungen zu geben. Generell gilt für uns, dass demokratische Mitwirkung ausgebaut werden muss. Das bezieht sich auf die Rechte der GWAs aber auch generell auf ein Mehr an Einwohner*innenbeteiligung bei zentralen städtischen Entscheidungen. Außerdem schlagen wir ein Pilotprojekt für die Einführung eines Bürger*innenhaushaltes vor.

Die Vereinbarkeit von ehrenamtlicher Arbeit mit der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen ist häufig eine große Herausforderung. Dafür braucht es die Entwicklung von bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten.

#Digitalisierung

Offene und freie Software soll stärker unterstützt werden, um damit die Abhängigkeiten zu den Plattformen der großen IT-Konzerne zu reduzieren. Die durch den Einsatz von freier und offener Software gesparten Lizenzkosten kann in die Schaffung von Arbeitsplätzen in Magdeburg für die Wartung und Administration der digitalen Infrastruktur gesteckt werden. DIE LINKE steht für Offenheit und Transparenz in der Verwaltung. Jede*r Einwohner*in der Landeshauptstadt Magdeburg soll in der Lage sein, die Arbeitsweise aller öffentlichen und öffentlich finanzierten Stellen im Detail zu verstehen und zu bewerten. Die anfallenden Informationen müssen sofort, ungefragt, standardisiert, dauerhaft und frei verfügbar gemacht werden. Öffentlich finanzierte Inhalte müssen für alle abrufbar, verwendbar und weitergebbar sein. Um zukunftsfähig zu bleiben, bedarf es in allen Stadtteilen zeitgemäßer, lückenloser Breitband- und mobiler Internetanschlüsse. Darüber hinaus fordert DIE LINKE mehr offenes W-LAN in Magdeburg. Ein generelles IT-Konzept für die Landeshauptstadt Magdeburg, in dem diese Punkte natürlich Berücksichtigung finden, ist zu erstellen und umzusetzen. Wir wollen künftig eine Übertragung der Sitzungen des Stadtrates per Livestream.

#Vielfalt: Thema auch in öffentlichen Einrichtungen

In Magdeburg wohnen Menschen, deren Lebensweisen, Kultur und Bedürfnisse durch vielfältige Einflüsse geprägt sind. Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes müssen in ihrer Arbeit diesen unterschiedlichen Bedingungen gerecht werden, um echte Bürger*innenfreundlichkeit zu repräsentieren. Deshalb fordert DIE LINKE die Aus- und Weiterbildungsprogramme für Beschäftigte öffentlicher Einrichtungen stärker auf die Sensibilisierung für den Umgang mit dieser Vielfalt auszurichten. Dazu sollten kommunale Leitlinien entwickelt werden.

Magdeburg - Eine Stadt des Friedens und der Völkerverständigung

Die weltpolitischen Entwicklungen und die Aufrüstungspläne erhöhen die Sorge um die Erhaltung des Friedens. Aus dem Wissen um die Geschichte unserer Stadt erwächst die Verantwortung, die Fragen von Krieg und Frieden nicht dem Selbstlauf zu überlassen, sondern sich aktiv als Kommune für Entspannung und Abrüstung einzusetzen. Wir wollen das friedliche Zusammenleben sowohl im Globalen als auch im Lokalen fördern.

#Kein Werben fürs Sterben

Unter dem Motto »Mach was wirklich zählt«, wirbt die Bundeswehr gerade bei Teenagern. In Schulen werden zunehmend Minderjährige für die Armee rekrutiert. DIE LINKE in Magdeburg setzt sich dafür ein, dass Kinder und minderjährige Jugendliche vor Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte geschützt werden. Das ist auch ein Gebot der UN-Kinderrechtskonvention. Werbung der Bundeswehr soll es im öffentlichen Verkehrsraum sowie an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg nicht mehr geben. Wir ermutigen Schüler*innen, Lehrer*innen sowie Eltern dazu, auf ihren Schulkonferenzen einen Beschluss zu fassen, der keine Werbung und keine Kooperation mit der Bundeswehr zulässt. Wir werden dafür sorgen, dass die Meldedaten Minderjähriger nicht mehr an die Bundeswehr weitergegeben werden. Gleichzeitig darf es seitens der Stadt Magdeburg keine Unterstützung - ob materiell oder ideell - für die Fregatte Magdeburg geben.

#Krieg beginnt hier

Die Praxis der Kriegsbungen für Auslandseinsätze und Aufstandsbekämpfung vor den Toren Magdeburgs in der Colbitz-Letzlinger-Heide ist abzulehnen. Das

Gefechtsübungszentrum Heer mit seiner Kriegsübungsstadt Schnöggersburg ist nicht nur Übungsort der Bundeswehr, sondern auch Ausrüstungs- und Referenzort der Rüstung für die Firma Rheinmetall. Der Krieg beginnt hier. Darum ist die Forderung für eine zivile Colbitz-Letzlinger-Heide aktive Sicherheitspolitik, umso mehr, da Magdeburg aus der Heide sein Trinkwasser erhält. Auch in Zukunft werden wir uns für eine militärfreie Colbitz-Letzlinger-Heide einsetzen. Das ist, was wirklich zählt.

#Kultur des Friedens

Mit dem Bewerbungsprozess Magdeburgs für die »Kulturhauptstadt Europas« sollen Projekte entwickelt und unterstützt werden, die zivilgesellschaftliche Projekte für eine »Kultur des Friedens« voranbringen.

#Friedens- und Kunstprojekt

Das Friedens- und Kunstprojekt »50 Städte - 50 Orte« der Künstlerin Klaudia Dietewich soll auch in Magdeburg gezeigt werden. Dieses Projekt ist anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages 2018 entstanden. So gibt Magdeburg als Mitgliedsstadt des weltweiten Verbandes der Bürgermeister*innen für den Frieden, Raum für Diskussionen über Abrüstung und Frieden und verbindet die Städte der »Mayors for Peace«.

#atomwaffenfrei

Unterschriftenlisten der »Mayors for Peace« mit der Aufforderung an alle Staaten, dem 2017 von der UN-Generalversammlung angenommenen Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, werden im Rathaus zur Unterzeichnung ausgelegt und regen zu einer breiten Resonanz in der Stadt an. Bisher sind diesem Vertrag etliche Staaten, darunter die Atommächte, aber auch die Bundesrepublik Deutschland, noch nicht beigetreten.

#Friedensbotschafter*innen

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung des Städtenetzwerkes »Mayors for Peace« ein. Magdeburg soll sich zudem als Friedensbotschafter dafür einsetzen, dass seine Partnerstädte angeregt werden, ebenfalls Mitglied der »Mayors for peace« zu werden. Dazu soll sich die Landeshauptstadt Magdeburg stärker in der »Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus« und für die »Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt« engagieren.

#Städtepartnerschaften

Die Städtepartnerschaften mit Sarajewo, Braunschweig, Nashville, Le Havre, Saporoshje, Radom und Harbin sind in den letzten Jahren ein fester Bestandteil des interkulturellen Austausches und des internationalen Dialogs geworden. Mit einer Qualifizierung des Städtepartnerschaftsprogramms wollen wir das Netzwerk mit unseren Partnerstädten ausbauen und stärken. Wir wollen ausreichende finanzielle Mittel für den ständigen Austausch auf den Gebieten der Bildung, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft bereitstellen und den regelmäßigen Austausch zwischen den Bürger*innen und Schüler*innen unserer Städte fördern. Langfristig streben wir die Partnerschaften mit einer israelischen und russischen Stadt an.

Beschlossen auf der Gesamtmitgliederversammlung
am 12.01.2019

Impressum:

V.i.S.d.P.: Gritt Kumar, Stadtvorsitzende
DIE LINKE. Stadtverband Magdeburg
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
www.dielinke-magdeburg.de
stadtvorstand@dielinke-magdeburg.de
Foto: Janine Schmidt

www.dielinke-magdeburg.de